

## Pressechronik der Stadt Kirtorf

- Oberhessische Zeitung vom \_\_\_\_\_
- Alsfelder Allgemeine Zeitung vom 3 November 2017
- Mittelhessen – Bote vom \_\_\_\_\_
- \_\_\_\_\_ vom \_\_\_\_\_

# Sich langsam ranarbeiten

Claus Spandau informiert im Stadtparlament über interkommunale Zusammenarbeit

Homburg (gkm). Mit Nachbarkommunen zusammenzuarbeiten, bringt einige Vorteile. Welche das sind und in welcher Form die Kooperation gestaltet werden sollte, dazu ließen sich die Homburger Stadtverordneten jetzt von einem Experten des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) beraten.

Die Stadt strebt mit umliegenden Kommunen eine Zusammenarbeit an. So steht es in einem Antrag der CDU-Fraktion im Stadtparlament.

Einig waren sich die Stadtverordneten, die im Antrag geforderte Informationsveranstaltung zu machen, was jetzt umgesetzt wurde. Angedacht ist auch, mit den Nachbarkommunen Kirtorf, Gemünden, Mücke, Amöneburg und Stadtallendorf in Gespräche einzutreten. »Was nützt es mir, wenn ich die schönste Braut auslese, und sie dann nicht will.« Mit diesem Motto stimmte Claus Spandau vom KIKZ aus Wiesbaden auf sein Thema ein. Die kommunale

Zusammenarbeit müsse von allen Beteiligten gewollt sein und sie müsse zu fairen Bedingungen stattfinden.

Da es oft unterschiedlich große Gemeinden seien, die sich zusammenfinden, sei zu gewährleisten, dass nicht die kleinen zu Verlierern werden. Wichtig sei Kommunikation »auf Augenhöhe« und gute Gespräche zwischen allen Beteiligten.

Über verstärkte Zusammenarbeit nachzudenken, liegt nach Auffassung des Verwaltungsexperten, der bis 2009 in Laubach Bürgermeister war, auf der Hand. Allein dadurch, dass die Bevölkerung im Durchschnitt

immer älter werde und Einwohnerzahlen zurückgehen, würden den Städten und Gemeinden erhebliche Ausfälle bei den Einnahmen entstehen.

Durch die Kooperation ließen sich Kosteneinsparung erzielen und die Finanzlage verbessern. Außerdem, so Spandau, biete die interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) weitere Vorteile. Das vorhandene Dienstleistungsangebot kann erhalten bleiben. Die Verwaltungsmitarbeiter, die in kleinen Kommunen große Aufgabengebiete abdecken müssen, können sich auf weniger Bereiche konzentrieren, sie können sich spezialisieren. Dass Stellen abgebaut werden könnten, räumte er ein.



Claus Spandau wirbt für die Zusammenarbeit der Kommunen.

Know-how würden nicht nur die beteiligten Kommunen, sondern die ganze Region gestärkt. Welche Vorteile sich ergeben, hänge von der Gestaltung der Zusammenarbeit ab.

Die Möglichkeiten reichen von der gemeinsamen Erledigung einzelner Verwaltungsaufgaben über die Gründung eines Gemeindeverwaltungsverbands (GVV) bis zur vollständigen Verschmelzung (Fusion) zu einer neuen Kommune.

Letztere hat erst einmal in den letzten Jahren erfolgreich stattgefunden: Beerfelden, Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal

wurden zur neuen Stadt Oberzent, die etwamehr als 10 000 Einwohner hat. Als sinnvoll sieht es der KIKZ-Berater an, dass sich

„Beim Personal kann man wirklich sparen“

Claus Spandau

Verantwortlichen übernehmen. Unter Hinweis auf gescheiterte Verträge, beispielsweise Nachbarkreis Marburg-Biedenkopf, empfahl der Kommunalpolitiker, sich »ranzuarkten« und über weniger anspruchsvolle Formen der Zusammenarbeit engeren und am Ende möglicherweise zu einer Fusion zu kommen.

»Großer Raum nahm der Gemeindeverwaltungsverband ein. Vergleichbar den bestehenden Zweckverbänden lassen Kommunen ihre Aufgaben durch einen solchen erledigen.

### Millionen für Oberzent

Der Vorteil: Die Gemeinden behalten Verfügungsgewalt über den eigenen Haushalt. Von der Landesregierung werden solche Bestrebungen unterstützt, sowohl durch Informationsangebots als auch durch Geld. Hessen gelte derzeit der Grundsatz, auf freiwillige Engagement der Gemeinden setzen. So unterstützt die Landesregierung besonders die Bildung von Gemeindeverwaltungsverbänden (GVV) mit 150 000 Euro pro Gemeinde.

Im Rahmen des Schutzschirmgesetzes eine Entschuldungshilfe eingeführt worden die Kommunen bis zu 46 Prozent der Investitions- und Kassenkredite des Kernhaushalts abnimmt, wenn sie sich zu einer Fusion entschließen. Die neue Stadt Oberzent beispielsweise erhalte circa vier Millionen Euro vom Land. (Foto: gk)